

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1932

476 (12.10.1932) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 12. Oktober 1932.

Eigentum und Verlag von
: Ferdinand Eberwein :
Verantwortlich: für Politik:
H. Kimmig; für badische Nachrichten:
Dr. C. Schenck; für kommunalpolitisch:
R. Binder; für Soziales und Sport:
H. Bolderauer; für das Rentier:
H. Gölke; für Ober- und Konzert:
K. G. Gölke; für den Sonderdienst:
H. Gölke; für die Anzeigen: Ludwig
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: Dr. Kurt Weiser.
Hauptredaktion: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Hauptgeschäftsstelle: Kallertstraße
Nr. 20 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe
Nr. 889. — Beilagen: Welt und
Deimat / Literaturische Umschau / Roman-
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /
Welle- u. Bäder-Zeitung / Landwirtschaft,
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Bezugspreis: Drei Mark monatlich 2 00 M
im voraus. Im Verlag oder in den
Zweigstellen abgeholt 2 50 M. Für die
Post bezogen monatlich 2 50 M. Für die
Post bezogen monatlich 2 50 M. Für die
Post bezogen monatlich 2 50 M.
Einzelpreise: Verkaufsnummer 10 Pf.,
Sonntags-, Nummer- und Feiertags-
nummer 15 Pf. — Im Fall höherer
Gewalt, Streik, Abspernung usw.
hat der Besucher keine Ansprüche bei
verändertem oder nicht erschienenem
Bemerkung: Abbestellungen können nur
jeweils bis zum 25. d. Mts auf den
Monats-Vertrag angenommen werden.
Anzeigenpreise: Die Nonpareille-Zeile
0,40 M. Stellen, Gesuche, Familien-
und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden
ermäßigter Preis — Restame. Zeile
2 — M. an erster Stelle 2,50 M.
Bei Wiederholung tariflicher Rabatt,
der bei Mehrfachung des Textes bei
geringerlicher Verbreitung und bei Kon-
kurrenz außer Kraft tritt. Geschäfts-
ort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

„Daubmann“ als Schwindler entlarvt

Der „Endinger Heimkehrer“ bei neuerlicher Vernehmung in Freiburg verhaftet.

Ein Geständnis des falschen Daubmann.

Der Endinger Heimkehrer Oskar Daubmann, der in den letzten Wochen im ganzen Lande Baden Vorträge über seine angeblichen Erlebnisse hielt, hatte für Dienstagabend in Schoppsheim einen Vortrag angefragt. Dieser Vortrag Daubmanns wurde plötzlich abgefragt, da Daubmann auf seiner Reise nach Schoppsheim in Freiburg polizeilich zu einer wichtigen Vernehmung festgehalten wurde. Diese Vernehmung Daubmanns führte dazu, daß der angebliche Oskar Daubmann nach Ablegung eines Geständnisses verhaftet wurde.

Ueber diese überraschende Wendung im Falle Daubmann erfahren wir folgende Einzelheiten:

Am Montagvormittag fand im Rathaus in Endingen eine Gegenüberstellung Oskar Daubmanns mit einem ehemaligen Fremdenlegationsrat namens Krüger aus Essen statt. Krüger hatte vor etwa vier Wochen in den Zeitungen die Nachricht von der Heimkehr Oskar Daubmanns gelesen und sich sofort daran erinnert, daß er in der Fremdenlegion mit einem Daubmann in Berührung gekommen war. Ueber diesen Daubmann behauptete Krüger eine Fälschung der französischen Polizei gesehen zu haben. Er habe in dem Fahndungsblatt das Bild des angeblichen Daubmanns gesehen und könne sich deshalb genau daran erinnern. Daubmann, dem anscheinend diese Gegenüberstellung sehr unangenehm war, wurde bei dem eingehenden Verhör außerordentlich belästigt.

Am Dienstag vormittag fanden nun im Landespolizeiamt in Karlsruhe eingehende kriminalistische Untersuchungen statt, die von so großer Tragweite waren, daß Regierungsrat Dr. Kamperger sich sofort nach Freiburg begab, um dort den inzwischen auf polizeiliche Anordnung festgehaltenen Daubmann noch einmal zu vernehmen.

Die Feststellungen beim Landespolizeiamt hatten nämlich dazu geführt, an der Persönlichkeit Daubmanns als Sohn der Endinger Wingerfamilie überhaupt zu zweifeln.

Die Vernehmungen Daubmanns dauerten bis in die späten Abendstunden. Daubmann wurde in ein Kreuzverhör genommen und schließlich polizeilich in Freiburg festgehalten bis zur endgültigen Klärung.

Wie wir in späterer Abendstunde aus Freiburg erfahren, hat Daubmann ein ziemlich umfassendes Geständnis abgelegt,

wenn auch über die Angaben, die er im Verlaufe des Kreuzverhörs machte, vorläufig von den amtlichen Stellen Stillschweigen beobachtet wird. Seine Aussagen, die die völlige Un glaubwürdigkeit dessen, was er über seine angeblichen Erlebnisse in französischer Gefangenschaft berichtete, haben jedenfalls dazu geführt, daß Daubmann verhaftet und vorerst in das Freiburger Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde. Ob eine Ueberführung nach Karlsruhe stattfinden wird, steht zur Stunde noch nicht fest.

Zu der Ueberführung Daubmanns trug wesentlich bei, daß es

am Montag nachmittag zum erstenmal gelungen ist, Fingerabdrücke von Daubmann herzustellen, die schließlich zu seiner Entlarzung führten. Der seiner Zeit nicht nur von Endingen, sondern von der ganzen badischen Bevölkerung so viel „Gefeierte“ hat es verstanden, über ein Vierteljahr selbst seine nächste Umgebung über seine wahre Identität zu täuschen, wenn auch von den amtlichen Stellen immer wieder starke Zweifel an seinen angeblichen Erlebnissen betundet wurden. Diese Zweifel haben sich aber inzwischen auch auf die Person des angeblichen Oskar Daubmann ausgedehnt, der gar nicht Daubmann, sondern ein gewisser Christian Hummel aus Offenburg sein soll. Gewisse Anzeichen deuten darauf hin, daß man auf den Spuren eines Schwindlers ist, der schon seit langem von den Behörden gesucht wird. Daubmann hat dann auch gestanden, daß er nicht der wirkliche Daubmann ist und daß seine Angaben nicht in allen Teilen auf wirklichen Erlebnissen beruhen.

Eine amtliche Darstellung über das Ergebnis der neuesten Vernehmungen des Endinger Heimkehrers, die nach unseren Informationen eine sensationelle Wendung im Falle Daubmann brachten, ist am Mittwoch vormittag zu erwarten.

Der Kanzlerbesuch in München

Bayerns Bekenntnis zum föderalistischen Reichsaufbau.

München, 11. Okt. Bei dem Besuch des Reichskanzlers beim bayerischen Gesamtministerium stellte Ministerpräsident Dr. Held im Ministerium des Äußeren Minister und Staatsräte vor und entbot dem Reichskanzler herzlichen Willkommensgruß bei seinem Besuch in München.

Der Ministerpräsident führte u. a. aus: „Mit dem Besuch bei der bayerischen Staatsregierung verknüpft sich das Bekenntnis des Reichskanzlers, daß man in Berlin in der Reichsregierung, unter Ihrer Führung die Selbstständigkeit der Länder anerkennt und achtet. Nur so gewinnt ein solcher offizieller

Besuch des Reichskanzlers Sinn und Bedeutung. Daß wir dafür besonderen Dank wissen, namentlich in den Stürmen unserer Tage, die ja vor allem der Selbstständigkeit der Länder gegolten haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Wir erblicken in dem Besuch des Reichskanzlers das Bestreben, Fühlung zu nehmen und zu helfen mit den einzelnen Länderregierungen in der Zeit der großen geistigen und wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Daß Sie selbst, hochverehrter Herr Reichskanzler, diesem Gedanken Ausdruck verleihen möchten, in diesem Sinne entbiete ich Ihnen im Namen der bayerischen Staatsregierung den herzlichsten Willkommensgruß.“

Reichskanzler von Papen dankte für die freundlichen Worte: „Es freut mich ganz besonders, daß ich jetzt der bayerischen Regierung und Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, einen Besuch machen darf. Er solle ein Symbol dafür, daß in der Tat gerade jetzt, in den vielleicht schwersten Stunden der Nachkriegszeit, wir nur dann zu dem großen gemeinsamen Ziele weiterkommen, wenn wir die Einigkeit zwischen dem Reich und den Ländern wieder herstellen, wie sie einstens gewesen ist. Sie wissen, daß es von Anbeginn meiner Regierung an mein großes Ziel gewesen ist, mit den Ländern und durch die Länder, deren außerordentliche Wichtigkeit und Bedeutung in kultureller und völkischer Beziehung ich nie übersehen und stets hoch anerkannt habe, das neue Reich zu bauen. Ich danke Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der bayerischen Staatsregierung, daß Sie mir Gelegenheit geboten haben, in diesen zwei Tagen in Ihrer Mitte zu weilen.“

Bei dem

Empfang der Münchener Presse

im Staatsministerium des Äußeren hielt Reichskanzler von Papen eine Ansprache, in der erklärte, daß sein Besuch in München mehr sei als ein Höflichkeitsbesuch und einen symbolhaften Charakter habe. Er solle dartun, daß die Reichsregierung sich bemüht sei, die Lösung der großen und schwierigen Aufgaben nur möglich sei bei der Zusammenfassung aller der wertvollen Kräfte im deutschen Volke, die besonders aus der alten tausendjährigen Kultur seiner Länder strömten. Die gegenwärtige Reichsregierung habe vom ersten Tage an betont, daß sie bemüht auf föderalistischem Standpunkt stehe und daß das Eigenleben und die Geltung der Länder wieder zur vollen Blüte gebracht werden sollen. Sie sei sich bewußt, daß die Lösung der großen Aufgabe, die ein neues Deutschland schaffen soll, nur möglich ist, wenn alle Kräfte zur Mitarbeit herangezogen werden. Nicht ein über Zentralismus oder Unitarismus, nicht ein Reich, das von Berlin regiert werde, sondern ein Reich, das regiert werde von den vieltausendjährigen Kräften, die gewachsen seien aus allen Teilen des deutschen Volkes und die sich zur Mitarbeit anbieten: das sei die Parole. Er hoffe, von seinem Besuche in München neue Anregungen durch den persönlichen Kontakt zu bekommen. Der Kanzler schloß, er sei sich bewußt, daß in der Hand der Presse die große Aufgabe liege, an der Erreichung des großen Zieles mitzuwirken, das Reich, fundiert auf der Volksgemeinschaft als dem Erlebnis des großen Völkerrings, neu aufzubauen.

Besuch beim Landtagspräsidenten.

Reichskanzler von Papen stattete auch dem Landtagspräsidenten Dr. Stang im Landtagsgebäude einen Besuch ab. Der Landtagspräsident begrüßte den Reichskanzler und erudete ihn, auf die besonderen Belange Bayerns in der Frage der Reichsreform Rücksicht zu nehmen. Reichskanzler von Papen erwiderte, Bayern dürfe gewiß sein, daß die bayerischen Belange in Berlin immer ein offenes Ohr finden würden. Er werde nie vergessen, was die Länder und speziell Bayern für das Reich geleistet hätten. Der Reichskanzler schloß mit dem Wunsch auf gemeinsame Arbeit für ein neues deutsches Vaterland.

Am 13.30 Uhr fand beim Ministerpräsidenten zu Ehren des Kanzlers im engen Kreise eine Mittagsstafel statt. Der Nachmittag war einem Ausflug vorbehalten, der die Gelegenheit zu den vorhergehenden politischen Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und der bayerischen Staatsregierung bot. Am Abend verammelten sich im Hause des Ministerpräsidenten zahlreiche Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Bayerns zu einem Empfang, den der Ministerpräsident zu Ehren des Kanzlers veranstaltete.

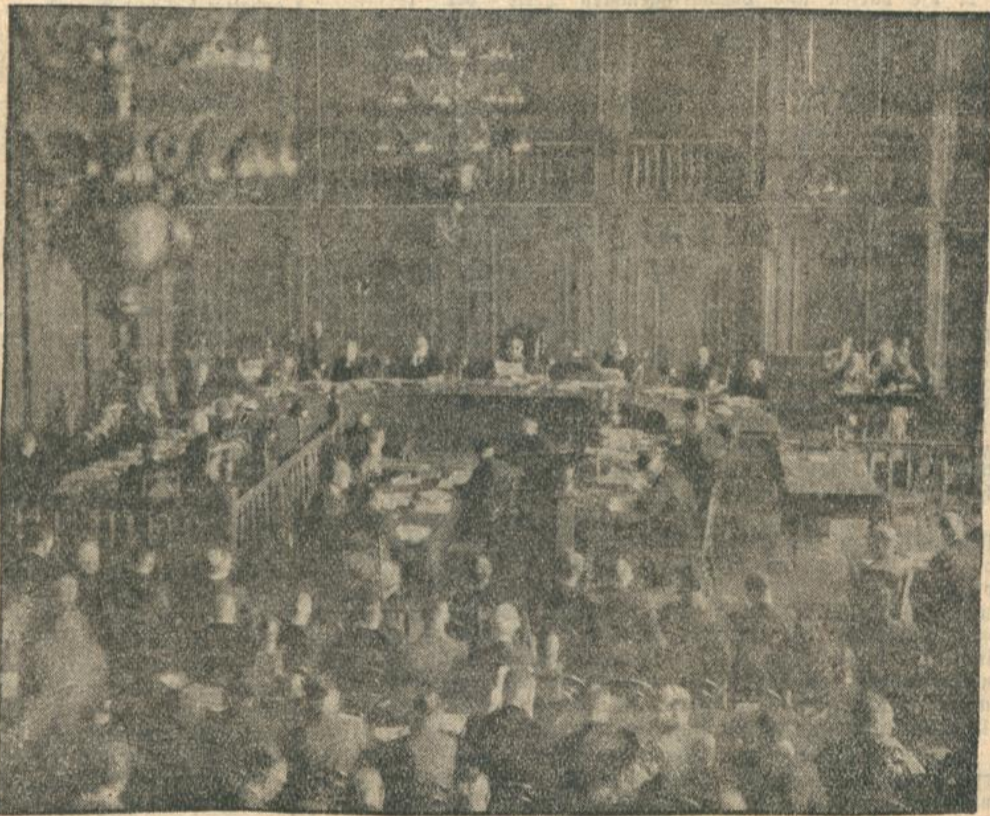
Gahl und Severing.

Die rechtliche Stellung des Reichskanzlers als Reichskommissar.

Leipzig, 11. Okt. Im Verlauf des Prozesses warf der Vorsitzende die Frage nach der rechtlichen Stellung des Reichskanzlers in seiner Eigenschaft als Reichskommissar auf. Die Verantwortung für die Verordnung vom 20. Juli trage die Reichsregierung. Die Verantwortung für das, was der Reichskommissar auf Grund dieser Verordnung tue, trage der Reichskommissar selbst. Dieser sei seinerseits verantwortlich dem Reichspräsidenten, der wiederum eine allgemeine politische Verantwortung trage. Daraus könne folgen, daß die Reichsregierung nicht für jeden einzelnen Akt des Reichskommissars verantwortlich sei. Es müsse aber die Frage aufgeworfen werden, ob die allgemeine politische Verantwortung der Reichsregierung nicht doch auch die Verantwortung für die Tätigkeit des Reichskommissars in sich schließe und ihr gegebenenfalls das Recht oder die Pflicht auferlegen könne, gegebenenfalls dem Reichspräsidenten noch während des Wirkens des Reichskommissars dessen Abberufung oder Ersetzung vorzuschlagen.

Ministerialdirektor Dr. Gottscheiner erklärte: Ich glaube, daß man die Stellung des Reichskommissars so sehen muß: Durch die Verordnung vom 20. Juli 1932 sind gemäß Artikel 48 besonders geartete Ersatzorgane für den preussischen Ministerpräsidenten, die preussischen Staatsminister und damit auch für das preussische Staatsministerium vom Reiche auf vorübergehende Dauer und unter Vorbehalt des Widerrufs zur Ausübung von Landesstaatsgewalt bestellt worden. Daraus, daß diese Ersatzorgane ihre Befugnisse aus reichsrechtlicher Grundlage, nämlich aus Artikel 48 ableiten, ergeben sich der Natur der Sache entsprechend einige Modifikationen. Die Ersatzorgane tragen z. B. keine Verantwortung gegenüber dem Reichspräsidenten. Sie amtieren aber unbedingt im Namen des Landes. Der Reichskanzler als Reichskommissar ist verantwortlich gegenüber dem Reichspräsidenten. Das Recht auf Abberufung des Reichskommissars steht dem Reichspräsidenten zu.

Der Staatsgerichtshof wendet sich nunmehr der zweiten Hauptfrage des Prozesses zu: Was ist entstanden durch die Ausführung der Verordnung vom 20. Juli 1932? Ministerialdirektor Dr. Brecht schildert zunächst die Abiegung der



Das erste Originalbild von der Verhandlung des Staatsgerichtshofs in Leipzig.

Minister, die am ersten und zweiten Tage von der Reichsregierung als vollständig und endgültig gedacht gewesen sei, später allerdings als bloße Suspendierung umgebildet worden sei. Die Reichs-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der Leipziger Prozeß.

(Fortsetzung.)

ratsvertretung, die schwierigste Teilfrage des ganzen Prozesses, sei neu geregelt worden. Eine Vorwegnahme der Entscheidung des Staatsgerichtshofes stellten die letzten Veränderungen im Verwaltungskörper dar. Es habe offenbar ein tatsächlicher Zustand geschaffen werden sollen, aus dem es kein Zurück mehr gäbe. Der Vorliegende möge durch eine einstweilige Verfügung oder eine ähnliche Maßnahme Sicherungen gegen weitere Veränderungen in der Beamtenchaft während der Dauer des Prozesses schaffen.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner protestiert entschieden gegen die ständig wiederholte Behauptung, als sei die Ministerablenkung zunächst endgültig gedacht gewesen. Dem widerspreche auch der Passus: „für die Geltungsdauer dieser Verordnung“ im Wortlaut der Verordnung. Niemand hätte sich der Reichskommissar und die mit der Leitung der preußischen Ministerien beauftragten Personen als Minister bezeichnet. Die kommissarische Staatsregierung habe sich bezüglich der Beamtenernennungen zunächst einer starken Zurückhaltung befleißigt, weil sie angenommen habe, daß das Provisorium von verhältnismäßig kurzer Dauer sein würde. Im übrigen sei die kommissarische Regierung, wenn sie auch nur vorübergehend eingesetzt worden sei, doch durchaus berechtigt, bei der Führung der preußischen Regierungsgeschäfte auch Maßnahmen von dauernder Wirkung zu treffen.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung verlas Ministerialdirektor Dr. Brecht die von dem Vorsitzenden erbetene Darstellung Severings von der Unterredung mit dem Reichsinnenminister.

Darstellung Severings von der Unterredung mit dem Reichsinnenminister.

in der nach der Behauptung des Reiches Severing selbst den Wunsch nach Einsetzung eines Reichskommissars ausgesprochen haben sollte. Nach der Erklärung Severings hat der Reichsinnenminister Freyher von Gagl ihn eines Tages aus Anlaß einer Personalfrage befragt. Severing habe Gagl bei dieser Gelegenheit gefragt, ob die Reichsregierung beabsichtige, einen Reichskommissar in Preußen einzusetzen. Gagl habe das verneint. Darauf habe Severing ganz dringend vor der Einsetzung eines Reichskommissars gewarnt. Es könnte möglicherweise nach der Wahl bei Arbeitsunfähigkeit des neuen Parlaments eine Zusammenfassung der Regierungsstellen erforderlich werden. Am besten würde das durch Weiterverfolgung der zwischen Braun und Brüning bereits verhandelten Pläne geschehen, aber natürlich nicht durch einen gegen Preußen eingesetzten Reichskommissar, der die preußischen Minister abjehle.

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner gab ein Telegramm an den Reichsinnenminister von Gagl zur selben Frage bekannt. Danach habe Witte Juni d. J. Freyher von Gagl eine Unterredung mit Severing über Polizeifragen gehabt. Dabei habe Severing das Gespräch auf die damals in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich geplante Einsetzung eines Reichskommissars gebracht. Severing habe erklärt, daß er sich an den Erörterungen über diese Frage selbst nicht mehr beteilige, weil er selbst der Meinung sei, daß diese Maßnahme sich nicht werde umgehen lassen. Severing habe das Gespräch geschlossen mit der Bemerkung: „Warten Sie nicht mehr lange ab.“

Ministerialdirektor Dr. Gottheiner erklärte dann, daß im Verlaufe von vier Resjorts nach der Landtagswahl vom 24. April bis zum 20. Mai zwei Landräte endgültig, sieben Landräte kommissarisch, zwei Verwaltungsgeschäftsdirektoren usw. in Preußen neu ernannt worden seien. Nach dem Rücktritt der Regierung Braun habe diese nunmehr nach geschäftsführender Regierung einen Ministerialdirektor, einen Ministerassistenten, einen Oberregierungsrat und 18 weitere hohe Beamte neu ernannt, so daß also die Behauptung des Ministerialdirektors Dr. Brecht, es seien keine Neuernennungen erfolgt, nicht richtig sei.

Bayern verlangt Klärung.

Der Vertreter Bayerns, Staatsrat von Van, erklärte vor dem Staatsgerichtshof u. a.: „Wir haben ein rechtliches Feststellungsinteresse daran, daß die Fragen, die uns bewegen, geklärt werden, nachdem die Vorverhandlungen, die wir mit der Reichsregierung über die Frage der Einsetzung eines Staatskommissars geführt haben, ein für uns befriedigendes Ergebnis nicht zur Folge hatten. Wir wollen eine Feststellung darüber, was unter allen Umständen im Hinblick auf den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nicht gemacht werden kann. Bayern versteht unter bundesstaatlichem Charakter den Aufbau des Reiches als Bundesstaat und die

Rechte, die den Ländern als im Rahmen der Reichsverfassung selbständigen Staaten zuzehen. Die Länder wollen, daß die ihnen zukommenden Rechte ungeschmälert bei ihnen verbleiben. Die Reichskommissariatsregierung ist keine Landesregierung. In einem Lande kann nur eine Landes-, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung bestehen. Werden also einer Landesregierung Befugnisse genommen, so bleibt ihren Ministern mindestens die Befugnis zur Vertretung des Landes im Reichsrat. Wir wollen vom Staatsgerichtshof wissen, ob diese Auffassung geteilt wird.

Die Staatsrechtslehrer haben das Wort.

Im Namen der bayerischen Regierung erklärte Professor Dr. Rawiajka, das Selbstbestimmungsrecht der Länder gebe diesen das Recht, als Träger eigenen politischen Willens im Reich zu leben. Es könne nicht anerkannt werden, daß bei Meinungsverschiedenheiten, die etwa in innerpolitischen Fragen zwischen Reich und Ländern bestehen, zugunsten der Loyalität des Reiches und zu Ungunsten der Loyalität des Landes entschieden werden könne. Spräche man das Recht auf die eigene Meinung dem größten Lande ab, so könne das eines Tages auch dem zweitgrößten Lande, Bayern, geschehen.

Professor Dr. Bilfinger, ein Berater der Reichsregierung, betont in seinem Referat, Reich und Länder ständen einander nicht als Fremde gegenüber, sondern bildeten ein Ganzes. Ihr Endziel sei der Bundesstaat von Weimar mit dem Akzent auf dem Staat. Professor Dr. Anshüh macht namens der Reichsregierung eingehende staatsrechtliche Ausführungen über die Auslegung des Artikels 48. Anshüh wendet sich gegen die Auffassung von Professor Karl Schmitt, daß die Reichsverfassung entsprechend der jeweiligen politischen Lage auszuliegen sei. Maßgebend könnten allein die Absichten der Väter von Weimar sein. Bei der Beurteilung des Artikels 48 seien die Voraussetzungen seiner Anwendung zu prüfen, ferner maßgebliche Verfahrensregeln und schließlich die Grenzen seiner Anwendbarkeit. Was die Pflichtverletzung als Voraussetzung nach Art. 48 angehe, so sei die Tatsache der Heterogenität der Innenpolitik von Reich und Land nicht als Pflichtverletzung anzusehen. Auch der Länderparlamentarismus, der „weisslos“ zu schweren Missetatungen geführt habe, sei von der Reichsverfassung stillschweigend geduldet. Eine etwaige ungleiche Behandlung von NSDAP und SPD könne ebenfalls nicht als Pflichtverletzung angesehen werden; denn es handele sich dabei um die Ausübung der Parteigewalt. Diese aber sei Sache des Landes, nicht des Reiches. Ein nicht genügender Gebrauch von Landesrechten könne keine Verletzung von Pflichten gegenüber dem Reich darstellen.

Professor Anshüh schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung, dem Land müßte, wenn nicht eine sogenannte Mängelklage, so doch mindestens eine vorübergehende Mängelklage, die Verfahrensmängel im vorliegenden Falle seien zu erledigen, daß der Staatsgerichtshof unbedingt dazu Stellung nehmen müsse.

Nach Anshüh sprach Professor Schmitt über die rechtsgelichtlichen Zusammenhänge. Er erklärte u. a.: Die Befugnis des Reichspräsidenten gemäß Art. 8 Abs. 1 wird irreführend als „Reichsregulative“ bezeichnet. Das ist die Nachwirkung eines jahrhundertelangen rechtsgelichtlichen Entwicklungsprozesses des deutschen Staatsrechtes, was für die staatsrechtliche Lage der heutigen Zeit nicht mehr zutrifft. Es beruht auf einer Weiterführung früherer Verfassungsverordnungen und sollte durch Art. 48 Abs. 1 abschließend unmöglich gemacht werden.

Darauf nahm Prof. Heller, der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion im Preussischen Landtag, das Wort zum Kapitel „Das Land als Pflichtverlezer“. Er meinte, die Voraussetzungen für ein Vorgehen nach Art. 48 Abs. 1 sei nur gegeben, wenn die zur Vertretung des Landes berufenen Organe eine Pflicht verletzten. Man könne auch einem Minister einen Akt der Pflichtverletzung nur insoweit anrechnen, als er ausgesprochen in seine Amtstätigkeit falle.

Darauf sprach auch Prof. Peters, Köln a. Rh., Vertreter der Zentrumsfraktion, über die Frage der Pflichtverletzung. Das Land habe die Pflicht, die Reichsverfassung und die Reichsgesetze zu beachten. Es dürfe nichts gegen den Bestand des Reiches oder gegen die Reichsverfassung unternehmen. Aber interne Pflichten des Staates könnten nicht solche nach Art. 48 Abs. 1 sein, und um solche internen Pflichten handele es sich im vorliegenden Falle.

Prof. Giese forderte unbedingt Anerkennung des subjektiven Verschuldens durch den Staatsgerichtshof und das Erfordernis der Mängelklage. Wenn es im Art. 48 heiße, die Länder könnten zur Pflichterfüllung angehalten werden, so sei darin deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die zur Pflichterfüllung Berufenen nicht bestraft werden könnten. Der Rechtschutz gegen die Exekutive sei notwendig und gesetzlich.

Nach kurzen Bemerkungen der süddeutschen Vertreter wurde die Verhandlung auf Mittwoch, 9.30 Uhr, vertagt.

Einweihung des Lenin-Kraftwerks.

J. Moskau, 11. Okt. (Eigener Drahtbericht der Badischen Presse.) Das größte Wasserstromkraftwerk Europas mit dem längsten Staubbau (750 Meter) der Welt, mit den gewaltigsten Turbogeneratoren der Erde von je 90 000 Pferdekraften, wurde heute feierlich aus dem Bauabstadium in den Zustand praktischer Ausnutzung übergeführt. Die Dnjepr-Diwei (also Dnjepr-Bau) soll hinfort Lenin-Kraftwerk heißen. Kalinin und der Volkskommissar für die Schwerindustrie Ordshonolids, ferner der ukrainische Regierungschef Tschubar und viele andere in- und ausländische Gäste waren in Sonderzügen eingetroffen, um an der einträchtigen Feier am rechten Dnjepr-Ufer im Schatten des gewaltigen Turbinenhauses und großer Beton- und Schotterwerke teilzunehmen.

Das Dnjeprwerk, dessen Bau 1927 nicht zuletzt aus politischen Gründen mit Rücksicht auf die Ukraine beschlossen wurde, ist mit gewaltigem Energieaufwand von dem überaus befähigten Bauleiter Winter und dem roten Direktor Michalow unter Inanspruchnahme amerikanischer und deutscher Fachkräfte buchstäblich aus der Erde gestampft worden. Da aber der Bau mitten in tafler Gegend erfolgte, mußte zugleich ein neues Industriezentrum für Stromabnahme geschaffen werden. Aluminiumwerke, die ihre Rohstoffe 2000 Km. nördlich von Leningrad holen, Ferrolegierungswerke, Elektrolichtwerke und chemische Fabriken sind noch im Bau. Schon erheblich baufertig ist aber die neue Stadt in gemäßigtem modernem Stil, von der bei meinem letzten Besuch vor drei Jahren noch nichts zu sehen war. Drei Eisenbahnbrücken, Straßenbahnen und sonstige Verkehrsanlagen sind neu erstellt. Mit der Kraftstation ist zugleich auch die Schiffarmatur des oberen Dnjepr fertig. Eine dreistufige Schleusenanlage wird nächstes Frühjahr fertig.

Bauleiter Winter erstattete Stalin Meldung über den Bauabstufung. Stalin dankte und verlas die Namen der mit dem Leninorden ausgezeichneten. Der Orden der roten Arbeitsschnecke wurde auch an den amerikanischen Berater Colonel Copper und vier seiner Mitarbeiter verliehen, während der deutsche Bauleiter mit seinem Wort beachtet wurde. Copper hat öfter in Amerika für die Anerkennung des Rätebundes Stimmung zu machen versucht. Die nächste Belegung des weiten Baugeländes bot einen überwältigenden Anblick.

Neue Opposition gegen Stalin.

U. Moskau, 11. Okt. In Moskau erregt zur Zeit die Veröffentlichung eines amtlichen Berichtes großes Aufsehen, in dem mitgeteilt wird, daß sich innerhalb der kommunistischen Partei der Sowjetunion eine aus 19 Mann bestehende gegenrevolutionäre Gruppe gebildet habe. Eine Anzahl Parteimitglieder habe einen Sowjetklub gegründet, der von der Regierung und der Partei die Einführung privatrechtlicher Methoden in der Sowjetunion sowie Maßnahmen für die Freigabe der privaten Initiative verlangt. Diese politische Gruppe habe die Entfernung der Sowjetführer einschließlich Stalins gefordert. Auch habe sie versucht, „mit Hilfe gefälschter Dokumente“ zu beweisen, daß die Politik der Partei zu einem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch des Landes führen werde. An der Spitze dieses gegenrevolutionären Sowjetklubs sollen die bekannten Bolschewistenführer Sinowjew, Uglanow und Kamenew, der Schwager Trotskis, gestanden haben. Die Tätigkeit dieser Gruppe unterseide sich keineswegs von der Politik Trotskis und stelle die größte Verletzung der Parteipflichten und einen Verrat an dem Sowjetstaat und der kommunistischen Diktatur dar.

Tages-Anzeiger.

(Wahres steht im Anzeigenteil.)
Mittwoch, den 12. Oktober.
Landestheater: „Der 18. Oktober“, 20-21.45 Uhr.
Festhalle: Nicker- und Arren-Abend Maria Theresia, 20 Uhr.
Kab. Theater - Konzerthaus: Das schöne Schwabenland, 17 und 20.30 Uhr.
Reichens-Vollspiele: Sehnücht 20.
Vater-Abend: Der träumende Mund.
Garten-Palast: Zinnenberg.
Schauburg: 8 Nadeln im Boot; Reizprogramm.
Grund- und Hausbesitzer-Verein: Verammlung in der „Eintracht“, 20 Uhr.
Gelande-Wiederholung: Damen-Raffetanz im „Künstlerhaus“, 45 Uhr.
Kaffee-Saboret Holland: Nachmittagsvortrag, Fred Pett; Mac Tevo, 20.30 Uhr.
Kaffee des Weltens: Hausfrauen-Nachmittag; Operetten-Abend, 20.30 bis 24 Uhr.
Sünder Hof: Winterfest.
Hoch. Löwenzähnen: Tanz.

Bilanz des Stratosphären-Befuches.

Von Professor Augusto Piccard. (Schluß.)

Mein erster Aufstieg am 27. Mai 1931 war in dieser Richtung nicht ganz erfolglos, obgleich wir damals nicht in der Lage waren, alle wissenschaftlichen Messungen vorzunehmen, die unser Programm vorsah. Der FNRS stieg sehr schnell. Vom aeronautischen Gesichtspunkt aus war der Ballon ziemlich schwer zu regieren. Wir sollten jedoch erfahren, daß der FNRS in die höchsten Lagen steigen konnte, und daß Messungen möglich waren. Bei einem Aufstieg durch Erfahrung die glatte Ausbildung jedes Programms zu sichern, das vielleicht in Zukunft aufgestellt werden würde. Bei dem diesjährigen Aufstieg kamen uns natürlich unsere früheren Fehler zu Gute. Wir trafen langsam unter sehr günstigen Verhältnissen auf Unmittelbar, nachdem wir den Erdboden verlassen hatten, beschäftigte sich Colson mit seinen Instrumenten. Wir blieben in der Höhe, solange es nötig war, obgleich wir leicht und bequem hätten länger oben bleiben können, wenn nicht die Gefahr bestanden hätte, über das Adriatische oder Mitteländische Meer zu treiben. Wir hatten den Ballon die ganze Zeit vollkommen in der Gewalt, als wir heruntergingen. Infolgedessen kann man sagen, daß unsere aeronautischen Ziele vollkommen verwirklicht wurden.

Bzüglich der kosmischen Strahlung folgerten wir, daß, wenn die kosmische Strahlung ausserhalb des kosmischen Raumes erreicht, und wenn sie homogen ist, ein Beobachter in einem aufsteigenden Ballon eine Zunahme von Reaktionen entsprechend einem unwandbaren, einfachen Gesetz bemerken müßte. Die relative Zunahme der Strahlung müßte nämlich der Luftmenge proportional sein, die von dem aufsteigenden Ballon durchquert wird. Mit anderen Worten: Die Strahlung müßte auf jeden Zentimeter, den das Barometer fällt, einen bestimmten konstanten Prozentsatz ihres momentanen Wertes steigen.

Wenn die ursprüngliche Strahlung nicht homogen, sondern aus verschiedenen kosmischen Strahlen von verschiedener Durchdringungsfähigkeit wäre, dann müßte man verhältnismäßig mehr weiche Strahlen in großen Höhenlagen finden und die Zunahme an Gesamtkraftstrahlung müßte in der oberen Schicht der Erdatmosphäre größer sein als das einfache Gesetz verlangt.

Die Ergebnisse unserer Beobachtungen waren außerordentlich überraschend. In den höheren Lagen fanden wir weder eine größere noch eine konstante Zunahme. Wir stellten vielmehr eine kleinere Zunahme fest als das Gesetz verlangte, das wir als unumstößlich angesehen hatten. Diese Wahrheit kann heute nicht in Zweifel gestellt oder bestritten werden. Professor Regener, der unbemannte Versuchsballoon in weit größere Höhen sandte, als wir durchdringen konnten, entdeckte diese Tatsache während des Sommers. Seine Ballons stiegen bis zu einer Höhe, in welcher das Barometer einen Druck von 25 mm angab. Bei unserem höchsten

Punkt zeigte die Quecksilberhöhe 72½ mm auf dem langen, und 74 mm auf dem kurzen Barometer. Als wir bei meinem ersten Aufstieg 15 780 Meter Höhe erreichten, zeigte das Barometer 75,2 mm. Die Zahlen, die wir auf dem FNRS direkt ablasen, bestätigten die von Professor Regener auf Grund seiner Versuchsballoonzahlen gemachten Berechnungen.

Zwei Theorien erscheinen mir zur Erklärung der Phänomene annehmbar:

- 1. die kosmische Strahlung kommt nicht aus dem kosmischen Raum, wie wir zuerst geglaubt hatten, sondern wird in der höchsten Schicht der Erdatmosphäre gebildet.
- 2. die harten und durchdringendsten Teile der kosmischen Strahlung kommen zwar aus dem kosmischen Raum, aber die weichen Teile ionisierter Bestandteile sind eine Art sekundärer Strahlung, welche durch die Zerstörung der harten Strahlen auf die Luftmoleküle, hervorgerufen wird.

Wenn die zweite Theorie richtig ist, läßt sich das Verhalten weicherer Bestandteile durch die Annahme erklären, daß die kosmischen Strahlen in der weichen Schicht im kosmischen Raum gebildet werden, oder, daß das magnetische Feld der Erde eine Abweitung der weichen Bestandteile nach den magnetischen Polen unseres Planeten verursacht, wo sie den Besuch einer weiteren FNRS-Expedition erwarten.

Ich hoffe, daß sehr bald Untersuchungen in der Stratosphäre des Subson-Gebiets durchgeführt werden. Davon erwarte ich wertvolle Aufschlüsse, welche diese Theorie entweder bekräftigen oder schlagend widerlegen. Natürlich wird ein solcher Aufstieg schwierig und gefährlich sein und müßte von Wissenschaftlern unternommen werden, die Subpolarverhältnisse kennen und an sie akklimatisiert sind. Der Ballon kann leicht über das Polareis treiben oder inmitten der kanadischen Wildnis niedergehen. Die Mannschaft muß dazu ausgerüstet und vorbereitet sein, sich ihren Weg zur Zivilisation zurück zu bahnen. Sie muß auch daran gewöhnt sein, solche Schwierigkeiten zu überwinden.

Unser zweiter Zweck war die Feststellung der Richtung der kosmischen Strahlen. Bei unseren Messungen benutzen wir das Instrument, das Physiker als die „Geigerische Röhre“ bekannt ist. Dieser Apparat besteht hauptsächlich aus einer länglichen Ionisationskammer, einem Zählrohr und einem Verstärker, welcher die Explosionen hörbar macht, die eintreten, wenn die kosmischen Strahlen bei Eindringen in das Rohr eine Ionisation erzeugen. Wenn die Strahlen vertikal auf das Rohr fallen, wird es natürlich von einer größeren Zahl von Strahlen getroffen, als wenn sie horizontal oder parallel zur Achse des Rohres einfallen würden.

Wir hatten mit unseren Apparaten schon früher in Brüssel Experimente durchgeführt. Diese Versuche zeigten sehr deutlich, in einer Entfernung von mehreren hundert Fuß die Lage eines Hospitals, das einen Radiumstrahlungsapparat besaß. Zu unserer Überraschung entdeckten wir in der Stratosphäre auf Grund unserer Untersuchungen, daß bei der Messung kosmischer Strahlen keine Wirkung durch Richtungsverschiedenheiten bemerkbar ist. Da die Röhre vertikal oder horizontal lag, die Zahl von Strahlen, die in einem bestimmten Zeitraum registriert wurden, war die gleiche. Sie waren durchschnittlich konstant mit einem Spielraum von ungefähr 1%. Das vollständige

Fehlen von Erdgeräuschen, welche die Stratosphäre nicht durchdringen, machte die genauesten Beobachtungen möglich.

Wie können wir diese Phänomene erklären? Nach meiner Ansicht zeigen sie, daß die kosmische Strahlung in der atmosphärischen Schicht gebildet wird, wo der FNRS sich befand, und zwar über, unter und auf allen Seiten von uns. Für Leute auf der Erdoberfläche kommt die kosmische Strahlung allerdings von oben und hat eine ausgeprägte Richtung die Regen, der aus den Wolken niederfällt. In der Stratosphäre bemerken wir, daß die kosmischen Strahlen von allen Seiten gleichzeitig und einformig auf den Beobachter zu kommen. Der Physiker Röntgen, der mit anderen Versuchen gearbeitet hat und von ganz anderen Theorien ausgegangen ist als wir, hat schon vor einigen Monaten dieselbe Hypothese aufgestellt.

Die von uns aufgestellte Hypothese hat das Besondere, nicht als einzige ihrer Art das Fehlen jeglicher Richtungsmerkmale der kosmischen Strahlung in der Stratosphäre zu erklären. Man könnte noch verschiedene andere Gründe angeben oder Annahmen vorbringen, die mit gleicher Beweisraft das von uns beobachtete Phänomen erklären würden. Es müssen noch viele weitere Versuche gemacht werden, bevor wir die Theorie endgültig verwerfen oder annehmen können.

Wie ich schon oben sagte, können wir offen und ehrlich gestehen, daß bis jetzt nichts endgültig geklärt worden ist. Die kosmische Strahlung hütet sorgfältig ihre Geheimnisse.

Aber nichtsdestotrotz muß eine Hypothese, die nach vor wenigen Monaten unvorstellbar war, anerkannt werden und tritt jetzt in Konkurrenz mit allen übrigen, nämlich die Hypothese von dem stratosphärischen Ursprung der kosmischen Strahlen.

Ich benutze den Ausdruck Hypothese absichtlich. Die Tatsachen reichen noch nicht aus, um von einer Theorie zu sprechen. Die Physiker wollen sich nicht mit der Idee abfinden, daß in dem fast leeren Raum der Stratosphäre, wo der Himmel eine tiefdunkle Purpurfarbe hat, wo die Temperaturen jahraus, jahrein konstant bei 50-60 Grad unter Null liegen, wo es keine Feuchtigkeit und infolgedessen keine Wolken, keinen Regen oder Nebel gibt, wo die Sonne immer scheint, außer, wenn der Schatten der Erde oder der Planeten dazwischenfällt, wo niemals Winde wehen, außer vielleicht in horizontaler Richtung, wo Geräusche unbetannt sind, wenigstens solange menschliche Ohren die Sphärenmusik nicht hören können - Reaktionen feststellbar sind, die wir auf der Erde nicht finden und die wir in unserem Laboratorium nicht nachahmen können. Jedoch ist das Verlockende an dieser neuen Hypothese, daß sie leicht zu erklären scheint, warum diese geheimnisvolle Strahlung von der Richtung der Erde im Raum unabhängig ist und daher keine feststehende Funktion der Fixstern- oder Sonnenzeit darstellt.

Zum Abschluß möchte ich wiederholen, und ich hoffe, ich habe es meinen Lesern bewiesen, daß erstens die Experimente, die bisher durchgeführt worden sind, wertvolle Ergebnisse erzielt haben und zweitens noch viel getan werden muß, bevor wir auch nur annähernd können die vielen Rätsel zu lösen, die uns bei unserer Suche nach Erkenntnis bezüglich der kosmischen Strahlung entgegentreten.

Copyright 1932, by North American Newspaper Alliance.
Nachdruck, auch auszugsweise verboten.

Der erste Schnee im Hochschwarzwald.

Vom Feldberg, 11. Okt. Fast vier Wochen später als im Vorjahre ist auf den Kammhöhen des südlichen Schwarzwaldes am Sonntag und Montag nachmittag, sowie in den Abendstunden der erste Schnee gefallen. Bei einer Temperatur von 3 Grad Wärme wirbelten Sonntag nachmittag die ersten Schneeflocken über die Seebuchhöhe und auch über den Gipfel des Herzogenhorn, ohne daß sie auf den durchnässten Almen sich behaupten konnten. Am Montag abend graupelte und schneite es bis auf 1300 Meter herab. Auch auf der Belchenhöhe hat es in den beiden letzten Tagen wiederholt geschneit. Infolge der jetzt raugen und nasskalten Witterung werden die Herden bereits abgetrieben oder sie verbleiben in den warmen Stallungen der Berghöfen.

Das Schluchseewerk wird in diesem Jahre noch fertig.

Schluchsee, 11. Okt. Die Arbeiten an der Schluchseetaumauer finden allmählich ihren Abschluß. In den nächsten Tagen wird der letzte Beton eingebracht. Die verschiedenen Ergänzungsarbeiten hofft man bis zum Ende des Jahres zum Abschluß bringen zu können. Damit wäre der Bau des Schluchseewerkes, der etwa 4 Jahre dauerte, beendet. Der größte Teil der Arbeiter ist bereits entlassen. Durch den Aufstau des Schluchsees kommen in der kleinen Gemeinde Aha sieben Anwohner unter Wasser. Die von der Schluchseewerk-A.G. hergestellten Ersatzbauten sind nunmehr fertiggestellt. Als letzter Bau wurde das neue Schulhaus eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Das alte Schulhaus, das in diesem Jahre auf sein 100jähriges Bestehen zurückblicken kann, wird in den nächsten Tagen abgebrochen. Das neue Schulhaus ist ein schöner, zweckentsprechender Bau, der sich gut in die Landschaft einfügt und wohl zu den schönsten Schulhäusern des badischen Landes zählt.

Mehrkirch finanziert eine Fabrikniederlassung.

Mehrkirch, 10. Okt. Die Bürgerausschüsse am vergangenen Freitag beschäftigten sich in ihrem Hauptpunkte mit der Frage einer Industrieansiedlung. Die Stadtgemeinde bemüht sich seit langem schon, für die früheren Schuhfabriken Ersatz zu bekommen, um die Arbeitslosen in Lohn und Brot zu bringen und damit die Wohlstandsfrage der Stadt zu erledigen. Bürgermeister Wendling gab einen Überblick über den Stand der Verhandlungen mit der Schweizer Firma Polo A.G. Darnach fordern 3 Jt. Steuern, die sich in einer Stadt niederlassen, weitgehendste Steuerfreiheit. Nach reger Aussprache wurde eine Vereinbarung erzielt, die der Firma 5 Jahre Steuerfreiheit zubilligt, ferner für jeden ortsansässigen Arbeiter über 16 Jahre pro Jahr und Person für die Dauer von 5 Jahren einen Zuschuß von 150 Mark bei einer Höchstzahl von 20 Arbeitern. Die Zuschüsse werden nur bezahlt, wenn der Betrieb mindestens ein Jahr in vollem Umfang aufrecht erhalten bleibt. Außerdem verpflichtet sich die Stadtgemeinde als Gebäudebesitzerin der Firma gegenüber ein Monat nach voller Betriebsöffnung 25 000 RM. gegen erstklassige Hypothek auf das Anwesen zu beschaffen. Die Verzinsung und Tilgung dieser Hypothek erfolgt durch Berechnung oben genannter Zuschüsse.

Serbischnachrichten.

Unterwisheim, 11. Okt. Heute hat hier der allgemeine Herbst begonnen. Die Weinberge bleiben bis zum 20. Oktober geschlossen. Man rechnet mit einem Mittelertrag. Man rechnet in diesem Jahre mit einem guten Abgang der Trauben und des Weines. Garingen, 10. Okt. Die Weinlese ist hier zum größten Teil beendet. Der Ertrag war je nach Lage verschieden, man spricht von einem Drittel- und Viertelherbst. Beim Most wurden hier durchschnittlich 72 Grad Oechsle festgestellt. Bei unserem neugegründeten Winzerverein (Winzergenossenschaft) herrschte im Trottenstopp großer Betrieb. Es wurde die ganze Nacht hindurch getrottet, wobei sich die Winzertrotte als sehr gut bewiesen hat. Es wurden schon größere Mengen Wein abgesetzt zum Preise von 80-90 RM. pro Ohm.

Tagungen im Lande.

Tagung des katholischen Mittelstandes.

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine Landesversammlung der Vereinigung des badischen katholischen Mittelstandes statt. Die leitenden Ausführungen von Architekt W. Leonhard aus Mannheim skizzierten die augenblickliche Lage, in der der katholische Mittelstand sich befindet. Ihn zu schützen sei oberste Pflicht. Die Schwierigkeiten des Mittelstandes lägen darin, daß die verschiedenen Interessengruppen in ihm vereinigt sind, wie Handwerk, Handel, kleine Industrien, Grundbesitz und Rentnerum. Kein Pessimismus dürfe die notwendige Arbeit des geschwächten Mittelstandes untergraben. Erfreulich sei, daß die Badische Zentrumsparlei, zu der die Versammlung in Treue fest hält, sich voll und ganz hinter die Belange der Standesinteressen des Mittelstandes stellt.

Sodann ergriff Reichstagsvizepräsident Thomas Eßer das Wort zu seinem Hauptreferat. Im Wirtschaftsprogramm der Reichszentrumsfraktion ist ein starker mittelständlicher Einschlag zu verspüren. Aus einer Weltstrukturkrise gehe der Weg aufwärts, wenn man der Energie, Opferfreudigkeit und Entschlußkraft der kleinen arbeitsfreudigen Existenzen die Bahn frei mache. Das neue Kabinett der „Nationalen Konzentration“ habe kaum eine Fühlung mit dem Mittelstand. Soweit das Papensche Wirtschaftsprogramm aber Qualitäten aufweise, welche einen Aufstieg garantieren, wird die Zentrumsparlei ihm ihre Unterstützung nicht verweigern. Auf parlamentarischem Wege müsse dem Mittelstand die Möglichkeit einer gefundenen Interessenvertretung verschaffen werden.

Der Vorsitzende hat den Referenten, der seit 34 Jahren in der Handwerkerbewegung tätig ist, auch für die badische Landesvereinigung in der Reichstagsfraktion des Zentrums der bereite Anwalt der süddeutschen, besonders badischen Belange, zu sein. Er versicherte, daß die Vereinigung ihm das volle Vertrauen entgegenbringen werde. — Eine Ausrufung schloß sich an.

Tagung des Alldeutschen Verbandes.

Schwehingen, 10. Oktober. Der Badische Landesverband im Alldeutschen Verband hielt am Sonntag hier eine gut besuchte Tagung ab. In einer Entschließung wurde mit Bedauern festgestellt, daß sich die Nationalsozialisten von wesentlichen Punkten ihrer Grundzüge soweit entfernt hätten, daß man von ihrer Preisgabe sprechen müsse. Den Alldeutschen könne daher nicht mehr empfohlen werden, die Bestrebungen der Nationalsozialisten zu fördern oder ihnen bei der bevorstehenden Reichstagswahl Hilfe zu leisten. Dagegen werde empfohlen, alle Kräfte an die mächtigste Stütze der Deutschnationalen Volkspartei zu setzen. Am Schluß der Entschließung wird dem Reichspräsidenten für seine Haltung gedankt und dem Reichskabinett das Vertrauen ausgesprochen.

In der öffentlichen Versammlung am Nachmittag sprach der Verbandsvorsitzende Justizrat Claß (Berlin) über die politische Lage in Deutschland. Justizrat Claß betonte, daß nur die Diktatur Deutschland aus der Not herausführen könnte. Nicht die Masse, sondern die Persönlichkeit mache die Geschichte.

Treffen der 8. Landwehrdivision in Freiburg.

Die ehemaligen Angehörigen der 8. Landwehrdivision (die Landwehregiment 109, 110, 111, das Landwehregimentartillerieregiment 8 und das Pionierbataillon 14) treffen sich am Sonntag, dem 16. Oktober, in der schönen Breisgauperle Freiburg. Die Hauptversammlung findet im Restaurant „Zum Fahnenberg“ beim Borchtholbrunnen vormittags 11 Uhr statt. Am Nachmittag ist bei schönem Wetter eine Fahrt nach dem Schauinsland vorgesehen. Der Plegersaabend selbst vereinigt die Angehörigen der ehemaligen Landwehrdivision schon Samstag abend ebenfalls im „Fahnenberg“. Die Geschichte des Landwehrinterregiments 109 ist nunmehr druckfertig.

Die 30 Mädels vom Heuberg.

Das Arbeitsheim Heuberg, das 3. Jt., wie die Badische Presse schon berichtet, 30 erwerbslosen jungen Mädchen aus Baden und Württemberg Heimat und Arbeit bietet, feierte unlängst, nach vierwöchigem Bestehen sein Einweihungsfest. Das ganze Haus war in gehobener, festlich-froher Stimmung, so daß der Abend zu allseitigen Freude und Zufriedenheit verlief.

„Und wenn wir marschieren,
Dann leuchtet ein Licht,
Das Dunkel und Wollen
Strahlend durchbricht“

Stand als Einleitung darüber. Die Hausmutter des Arbeitsheimes erzählte im Laufe des Abends, wie dieser Kreis einander fremder junger Menschenkinder im Laufe der 4 Wochen schon zu einer Gemeinschaft geworden sei, in der das Arbeiten-Dürfen an sich und die frohe Gemeinschaft bei Arbeit und Spiel bei den einzelnen Teilnehmerinnen täglich mehr neue Kräfte wecken. Sie gab der Hoffnung Ausdruck, daß es möglich werden möchte, noch recht viele Mädchen in den freiwilligen Arbeitsdienst hier oben zu bringen. — Fräulein Jandt, die Begründerin und Leiterin des Heuberg-Arbeitsheimes, sprach von den Körper- und Seelenkräften, die der freiwillige Arbeitsdienst wecken und üben will und von der Notwendigkeit, gerade bei der Frau diese Kräfte, besonders die des Geistes und Gemütes, lebendig zu erhalten.

Dann wechselten heitere Dialoge und scherzhafte Einzelnorträge ab mit Musikstücken, die auf Zither, Geige und Klavier vorgetragen wurden. Alle „Künstlerinnen“ waren bemüht, ihre Sache so gut wie möglich zu machen. Oberschulrat J. J. Ler, der Leiter des Heu-

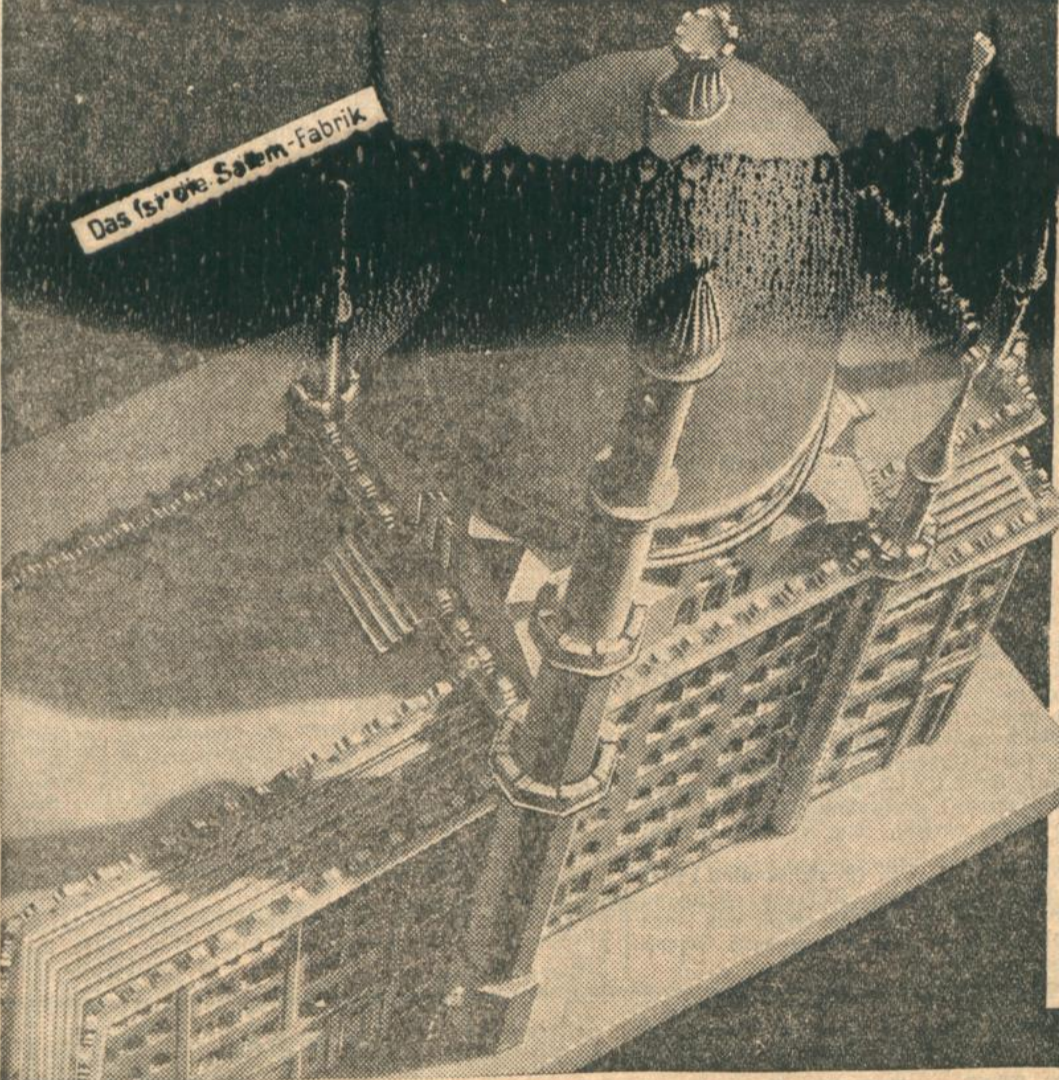
bergs, sprach in seiner Rede vom Heuberggeist, dem inneren Band, das alle Heubergleute verbindet.

Nach einigen weiteren, 3. Jt. auch erstere Vorträgen, kam dann die Tanzlust der jungen Mädchen zu ihrem Recht. Es tanzte sich ausgezehnet auf dem guten Parkettboden im „Festsaal“ des so nett und gemütlich eingerichteten Hauses, so daß man kaum wieder aufhören mochte. Ein paar gemeinsame fröhliche Lieber beschlossen den Abend, der dann ausklang wie schon so oft mit dem gemeinsamen Abendlied: „Recht allen eine gute Nacht! / Der Herr im hohen Himmel wacht; / In seiner Güte uns zu behüten / Ist er bedacht“.

Ernennungen — Versetzungen — Zurufbefehungen usw. der planmäßigen Beamten.

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:
Ernannt: Au Landesökonomieräten die Landwirtschaftssozialisten Josef Sackl in Salem und Rudolf Württemberg in Eitenheim.
Ministerium des Kultus und Unterrichts.
Ernannt: Rechnungsrat Otto Weber an der Universität Freiburg am Oberrechnungsrat dalech.
Planmäßig anstellt: Fachlehrer Adolf Ursler an der Volksschule in Forstheim; der außerplanmäßige Museumsaufseher Ludwig Ströb am Bad. Landesmuseum in Karlsruhe am planmäßigen Museumsaufseher.
Auf Ansuchen aus dem badischen Staatsdienst entlassen: Der planmäßige außerordentliche Professor der Anatomie, Dr. Hans Böler, an der Universität Freiburg.
Auf Ansuchen in den einwilligen Ruhestand versetzt: Oberlehrer Joseph Rothermel in Lügelingen; Hauptlehrer Friedrich Ehrmann in Mannheim.
Gehtorb: Der ordentliche Professor der Astronomie an der Universität Heidelberg, Geh. Rat Dr. Max Wolf, Direktor der Landessternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg.

Kommende Aufgaben



gibt es in Hülle und Fülle. Da braucht man nicht Fragen aufzuwerfen, die bereits beantwortet sind.

Das Zigaretten-Problem ist seit 50 Jahren in Deutschland gelöst.

Die führende Zigarette dreier Generationen war immer

die milde SALEM 3 1/2

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

Herbsttage im Schwarzwald.

Billingen

im Zwielicht der Hoffnungen.

Im schnellen Zuge hat der Regisseur Herbst aus seinem bunten Vorrat die Kulissen gewechselt und im Nu haben hilfsbereite Hände seiner Helfershelfer das ganze Bild verzaubert. Seit Oktober liegt morgenlich harter Reif auf den Blüten, und Ästern, Dahlien, Georginen, und alle anderen Kinder der Sonne lassen traurig die Köpfe hängen und sind so unansehnlich geworden wie die verhußelten Märchenröden des schlesischen Berggebietes. Die ganze farbige Pracht ist mit einem Schlags aus den Gärten verschwunden. Zwar freilich sie trotz aller Schönheit seit einiger Zeit nur noch ein Dasein der Gnade, das eigentlich schon erfüllt war. Das Dichterwort Hebbels: „So weit im Leben ist zu nah am Tod“ rückt in eine sinnbildliche Plastik. Der Flügelschlag des Schicksals in der gelindesten Form genügt, um eine erfüllte Sendung zum Vergehen zu bringen. Früh des Abends dunkelt der Oktoberhimmel, dünne Nebel jenseits ihre Schleier, und Dunststreifen ziehen um die Laternenlichter wie schimmernde Mondschelben. Aus den Gassen klingen die wechselnden Rhythmen der Dreschmaschinen und geipenitische Scharten bewegen sich an den Häuserfronten, auf magischen Kothurnen ins Uebermaß gestellt. Im Hause kommt der Kachelofen wieder zu jenem Reicht und man hat vergessen und er verzehren, daß er bis vor kurzem nur ein geduldetes Wöbel war.

Zu den besonderen Herbstvergnügungen gehört der Sport. Vor allen Dingen ist es der Fußball, dem überall gebuhldigt wird. Der rührigen ersten Mannschaft des hiesigen Fußballklubs 08 ist es gegliedert Tabellenführer der Kreisliga Schwarzwald zu werden. Nachdem die Mannschaft vor einigen Jahren aus der Bezirksliga ausgeschieden mußte, kann sie sich heute mit dem angewandten Sprüche Cäjärs trösten, daß es besser sei, im Kreis erster, als im Bezirk letzter zu sein.

Dieses Leitmotiv scheint der Athletenklub Germania in der umgekehrten Richtung anzuwenden. Mit Kühner Zuversicht sandte er sein Mitglied Fritz Wehmer, ausgestattet mit allen guten Hoffnungen und vorzüglichem Können, als einzigen Vertreter nach Dortmund zur Austragung der deutschen Kraftsportmeisterschaften. Hierbei glückte es dem jugendlichen Bewerber, im Hammerwerfen die erste und im Gewichtwerfen die zweite deutsche Meisterschaft, sowie im Steinstoßen den fünften Preis zu erringen.

Alle guten Dinge sind drei, heißt ein altes Sprichwort und wird im sportlichen Leben unserer Stadt eine solche Wahrheit. Nachdem vor kurzem der Turnverein 48 in Gaggenau durch seine Mitglieder Rippert und Hofele glänzende Erfolge hatte, wurde jetzt beim Ausschreibungsturnen zu den Gerätemeisterchaften der Deutschen Turnerschaft in Pforzheim Ernst Hofele mit zu den fünf besten badischen Turnern nominiert, die die Turnspiele Badens in Berlin zu verteidigen haben.

Immer noch pochen Not und Elend mit gebieterischer Hand an die Türen und verdrängen Zutritt in alle Kreise zu gewinnen. Als vor einigen Wochen eine innere Zuversicht zu wachsen schien, ließ die Hoffnung auf Besserung die Situation in düsterem Lichte erscheinen. Jetzt aber, nachdem die Lampen der politischen Bewegung trübe brennen und den wirtschaftlichen Horizont verdüstern, scheint aller Lebensgrund wieder trüb und trübselig. Die Notgemeinschaft Billingen hat in edlem Bestreben kühner Menschensäfte ihre Arbeiten wieder aufgenommen und mit Ausgabe der Naturalunterstützung begonnen. In einer Sitzung gab dieselbe Rechenschaft über die bisherige Tätigkeit, die sich in kurzen Worten wie folgt gestaltet: Innerhalb der drei Monate des Bestehens wurden an die tausend Unterstützungsanträge erledigt und die Mittel zur Verteilung beschafft. Insgesamt fanden etwa 10 000 Mark zur Verfügung, und zwar aus Hausammlungen 2138, aus Spenden und Zuwendungen 4000 Mark, Einnahmen aus der Notkassa etwa 3500 Mark. In der aus der Volkstische hervorgegangenen Notkassa wurden in den Monaten April bis August verabreicht: 3007 Frühstücke, 7211 Mittagessen, 3324 Abendessen, und zwar jeweils um 15, 30 und 25 Pf. Mit allen Mitteln soll der Druck der Not gelindert werden. Im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes hat der Stadtrat eine Anzahl von Aufgaben verteilt. So soll hinter der Loretto eine 36 Hektar große Bodenfläche neu aufgeteilt, zum Teil entwässert und zur Anlage von Kleingärten zur Vergütung gestellt werden. Beim Stadtpark an der Brigaach, entlang dem Hammerwerk Laun, ist die Anlage eines Fußweges bereits begonnen worden. Es ist ferner in Aussicht genommen, das Bachbett der Brigaach gegenüber dem Abstein zu reinigen und wenn der Plan nicht in ungezählten Bedenken verfaßt, zu erweitern.

Vor kurzem ist hier der bekannte Bauunternehmer Peter Tononi in gestorben, der einem Teil der Billinger Südstadt, hauptsächlich aber der Warenburgstraße, ein Gepräge gegeben hat, das sich hauptsächlich aus der soliden, zweckmäßigen bestimmenden Anspannung des Handwerksmanne abhebt. Es war schon immer ein Mangel der letzten dreißig Jahre, daß für unsere Stadt ein weitläufiger Bebauungsplan nicht vorhanden war. Aus diesem Mangel erwuchs die Neustadt als Improvisation im spontanen Bedürfnis und Zustand des Tages und gliederte sich nicht zu einem Organismus künstlerischer Baugesinnung.

Doch ist es möglich, sich dieser Reflexionen über veräumte Gelegenheiten hinzugeben, an Tagen, wo vom nahen Festplatz gekaufter Umtrieb zu den Ohren dringt und mit allem Klingklang zur Teilnahme fordert. Der letzte Tag der Billinger Herbstmesse muß genossen sein, und wenn es nur in der Weise ist, daß man sich am Abgang der bescheidenden Freude wärmt und ein klein wenig Selbstvergeben vom verklärten Schimmer des Festweihens in den Vertag hinüber nimmt.

Wieder ein Auto in die Bahnstranke.

Am 10. Oktober, kurz nach 18 Uhr, fuhr ein Personkraftwagen in die ordnungsgemäß geschlossene und beleuchtete Wegstranke im Bahnhof Grödingen und kam auf dem Gleis Pforzheim-Karlsruhe zum Halten. Er konnte kurz vor der Einfahrt des Personenzuges 2932, der bis auf 50 Meter herangekommen war, mit eigener Kraft zurückfahren, so daß ein größeres Unglück vermieden wurde.

Im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe ist dies im laufenden Jahre der 53. Fall, daß geschlossene Wegstranken von Kraftfahrzeugen durchfahren und Menschenleben durch Unachtsamkeit erheblich gefährdet wurden.

In der letzten Zeit sind durch die Zeitungen Erörterungen gegangen über die Sicherheit des Verkehrs an den Straßenübergängen der Reichsbahn. Am Beunruhigenden der Deffektivität zu vermeiden, sei auf folgendes hingewiesen:

Im Jahre 1932 haben sich bisher im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe auf Wegübergängen 51 Verkehrsunfälle durch Kraftfahrzeuge ereignet, wobei 4 Personen getötet worden sind; weitere erhebliche Verletzungen sind nicht eingetreten. Von diesen 51 Fällen sind nur zwei auf unterlassenes Schließen der Schranken und zwei auf unvorschriftsmäßige Schrankenbedienung zurückzuführen. Dagegen sind in 47 Fällen Kraftfahrzeuge in geschlossene Schranken hineingerannt, obgleich die Wegübergänge durchweg mit Kraftwagenwarntafeln angefüllt sind.

Die allgemeine Unfallstatistik zeigt, daß im Jahre 1930 auf

Brief aus Furtwangen.

Furtwangen, im Oktober.

Auf den Höhen brennen die Kartoffelfeuer. Von allen Bergen qualmt es; der Wind drückt den dicken Rauch in die Täler, daß man oft meint, Hüttenwerke oder Riefigehereien wären hier im Betrieb. Die Jugend freut sich dabei. Und je qualmiger das Feuer, desto größer die Freude. Am schönsten aber ist es, wenn die auf den Aedern liegenden Kartoffeln in dem offenen Feuer gebraten werden, wenn sie schwarz verbräunt geessen werden, daß nachher die Mäuler aussehen, als hätten sie einen Spaziergang über Raminwände gemacht. Das ist rechte Freude; und jeder Schwarzwälder kennt sie. Denn jeder echte Schwarzwälder hat sie schon erlebt.

Für den gehenden Wanderer sind die Herbsttage im Hochschwarzwald die schönsten. Wenn morgens in der Niederung der Nebel brodel, ist es auf den Höhen klar. Man steht über den Wäldern, dem Nebel. Im Süden reihen sich die Alpen aneinander. Deutlich stehen sie da, die Jungfrau, der Mönch und der Eiger, das Säntisgebirge, die Sieben Kurfürsten, und wie sie alle heißen. Und wenn dann die Sonne erwacht, im Tal drunten ist es dann immer noch kühl, wandert man über die Berge, die in den herrlichsten Farben erglänzen. Herbst! Zwischen den Tannen, die ihr jattes Grün nicht abwerfen, die hellen und bunten Fiedern der Laubbäume. Man muß den Blick erleben haben, wenn man wissen will, was schön ist. Am Höhenweg Pforzheim-Basel ist aus verfallenen Mauern, aus Schutt und Asche ein Bau entstanden, der sich zeigen lassen kann: die Martinskapelle. Genau in dem alten Stil ist der Neubau gehalten, ein Schwarzwaldhaus mit Tenn, tiefem Dach, mit Umgang und Walm. Zahlreiche Bauarbeiter von Furtwangen haben an der Errichtung geholfen. Viele werden noch zu arbeiten haben, bis das Innere des Höhengaitzhanies an der Wasserheide fertiggestellt sein wird. Handwerker werden täglich mit ihren Gefellen den weiten Weg — fast anderthalb Stunden hat man zur Martinskapelle zu gehen — wandern müssen. Aber sie werden wenigstens Arbeit haben. — Die Arbeitslosigkeit in der Stadt ist immer noch drückend. Ein paar

Leute sind zwar neu eingestellt worden; aber die geringe Zahl wirkt wie ein Tropfen Wasser auf den bekannten heißen Stein. Auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes wird der Weg ins Hohtal verbreitert. Dort haben wenigstens einige jugendliche Erwerbslose zu tun und sind in den Arbeitsprozess eingereiht. Für Mädchen tritt auch der freiwillige Arbeitsdienst in Kraft. Eine Nähstube wird errichtet. Sie soll den weiblichen Erwerbslosen über die Wintermonate Beschäftigung bringen. Sie hat — nebenbei bemerkt — gezeigt, daß in Zeiten der Not alle konfessionellen Trennungen beiseite gelassen werden können; denn der Gebante ging von den katholischen Frauenvereinen aus. Der Arbeitsdienst des D.V., der ein Lager aufmachen wollte, wartet immer noch der Genehmigung durch die Behörde. Der D.V. will seine jugendlichen erwerbslosen Mitglieder des oberbadischen Kreises der Furtwanger sammeln. Als Arbeitsprojekt ist die Planung des Höhenweges von der Martinskapelle bis zum Brend vorgehen. In den Nachmittagsstunden werden die jungen Kaufleute in Berufsfragen und allgemeinen Dingen unterrichtet werden. Zuerst sollte in einem Nebengebäude des „Raben“ kampiert werden. Nun wird aber die von den katholischen Jugendorganisationen auch im freiwilligen Arbeitsdienst ausgebauten Karlshütte als Quartier genannt. Wie dem auch sei, es wäre an der Zeit, daß die Genehmigung zum Schaffen käme. Viele junge Leute warten darauf, sich betätigen zu dürfen.

Ganz schlimm sind die Verhältnisse im nahen Glötenbach. Nur noch vereinzelte Heimarbeiter, die nach Furtwangen fliehen, haben ihren Erwerb. Sonst ist alles untätig. Zwangsweise. Auch in Pforzheim sieht es schlimm aus. Auch dort ist der freiwillige Arbeitsdienst in Kraft getreten. Wegebau und Planung von Anlagen. Verhältnismäßig gut sieht es in Glötenbach da. Der Ort, der einen recht raschen Aufstieg durch das Beamtenheim genommen hat, hat sich zeitig genug auf den Fremdenbetrieb umgestellt. Wohl ihm! In den kleinen Dörfern hier oben herum, die fast nur von Landwirten bewohnt sind, ist die Arbeitslosigkeit kaum zu verspüren. Nur einzelne Heimarbeiter feiern. Und viele haben während der verhältnismäßig guten Ernte immer noch bei den Bauern Erwerb gefunden.

Wie wird es besser werden? Ein bekannter Industrieller des Hochschwarzwaldes gab eine Lösung des Rätsels, die sicher nicht von der Hand zu weisen ist: Die Heimarbeit hat unsere Eltern hoch gebracht. Sie muß auch uns wieder hochbringen. FOW

Nachrichten aus dem Lande.

Kreis Karlsruhe.

ck. Speßart, 11. Okt. (Berufshilfen.) Seit 8 Tagen ist hier der freiwillige Arbeitsdienst im Gange. 40 Arbeitsdienstillige sind mit der Instandsetzung von Waldwegen beschäftigt. Nach sechs Wochen kommt eine zweite Gruppe an die Reihe. — Bei der Abstimmung über die Art der Ausführung und den Platz, wo das Kriegerdenkmal errichtet werden soll, erhielt das Projekt, das ein Denkmal auf dem Platz zwischen der Kirche und dem Schulhaus vorsah, die Mehrheit.

h. Graden, 6. Okt. (Generalversammlung des Ortsvereins.) Im Saale des „Schwanen“ hielt der hiesige Ortsverein kürzlich seine Generalversammlung ab. Nach Eröffnung durch Vorstand Karl Süß gab der Aufsichtsratsvorsitzende Karl V. Süß V kurze Erläuterungen des Geschäftsganges bei der Zentralgenossenschaft in Karlsruhe, der 1485 Varenengenoschaften bei einem Gesamtumfang von fast 4 Millionen Mark angeschlossen sind. Rechner Gemeinderat Bedler verlas den Bericht der im März d. J. vorgenommenen örtlichen Revision und gab einen Auszug aus dem Schlussbericht, nach welchem im Jahre 1931 etwa 90 000 RM. umgesetzt wurden. Nach einstimmigem Beschluß wird der Reingewinn folgendermaßen verteilt: Reservefonds 50 Prozent, Betriebsrücklage 25 Prozent, jedem Mitglied wird für den einbezahlten Geschäftsanteil 1 RM. gutgeschrieben. Das Jahrgesamte ausschließende Vorstandsmittglied Hermann Heier und die Aufsichtsratsmitglieder Karl Flohr und Hermann Kemm wurden wiedergewählt. Durch Beschluß der Versammlung wurde der Höchstbeitrag pro Mitglied auf 400 RM. festgelegt.

p. Vintenheim, 10. Okt. (Vom Gewerbeverein.) Gestern nachmittag hielt der Gewerbeverein unter dem Vorsitz von Zimmermeister Alb. Herrmann in der „Krone“ eine sehr gut besuchte Versammlung ab. Die Versammlung faßte den Beschluß, an die Gemeinde den Antrag zu richten, auch weiterhin insofern der großen Notlage auch hiesiger Gewerbetreibender die Beiträge an die Handwerkskammer abzuführen. Weiterhin wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Einwohner mehr von der Möglichkeit einer verbilligten Hausreparatur Gebrauch machen möchten.

p. Vintenheim, 10. Okt. (Herbstfeier des Gesangsvereins Freundschaft.) Am Samstagabend veranstaltete der Gesangsverein „Freundschaft“ im Saale des Gasthauses zum „Ader“ seine diesjährige Herbstfeier. Der erste Teil des Programms bestand aus Darbietungen des unter Leitung von Adolf Behle Jr. stehenden Männerchors, der in einigen vollstimmlichen Liedern Beweise seines Könnens gab. Der zweite Teil trug der heiteren Seite Rechnung durch ein Theaterstück und mehrere Vorträge. An diesem Abend fand auch eine Ehrung verdienter Mitglieder statt.

Kreis Offenburg.

s. Neumühl, 10. Okt. (Voranschlag einstimmig genehmigt.) In der am 8. Okt. stattgefundenen Bürgerauschussung unterbreitete Bürgermeister G. G. den Voranschlag für 1932/33, der einstimmig genehmigt wurde. Die Einnahmeseite hat bedeutende Ausfälle zu verzeichnen, während auf der Ausgabe-seite erhöhte Posten zu buchen sind. Nur durch äußerste Sparsamkeit und Vornahme großer Einsparungen war es möglich, den Voranschlag so auszugleichen, daß eine Erhöhung des bisherigen Umlagefußes von 60 Pfa. und der anderen Steuerjahre vermieden wurde.

Öffentlichen Straßen im Land Baden insgesamt 7156 Verkehrsunfälle durch Kraftfahrzeuge eingetreten sind, wobei 4652 Personen verletzt und 210 Personen getötet worden sind.

Daraus ist ersichtlich:
1. Daß die Wegübergänge an der Reichsbahn mit einem außerordentlichen Grad von Sicherheit bedient werden.
2. Daß die Zahl der Verkehrsunfälle auf Wegübergängen der Reichsbahn verschwindend gering ist, gegenüber den sonstigen Verkehrsunfällen auf den Straßen.
3. Daß betraute alle Verkehrsunfälle an Wegübergängen durch unvorsichtiges Fahren der Kraftwagen entstehen.

— Bressach, 11. Okt. (Töblicher Autounfall.) Zwischen Neubressach und Weckolsheim wurde die 17 Jahre alte Marie Heißler von einem Auto des Wajants Eugen Hildwein überfahren und so schwer verletzt, daß sie kurz darauf verstarb.
Kandern, 11. Okt. (Töblich verlegt.) Am Ortsausgang von Ziel fuhr auf dem Heimweg sich befindende Mitinhaber der Kanderner Kaufirma Gebürder Wösch, Ernst Wösch, mit seinem Motorrad auf ein entgegenkommendes Fahrzeug eines Landwirts von Ziel auf. Dabei wurde Wösch so schwer verletzt, daß er bald darauf starb.

— Vangenau (Amt Schopfheim), 11. Okt. (Verkehrsunfall.) Hier verunglückte am Montagabend mit seinem Fahrrad Hermann Wette r aus Maulburg. Er trug Verletzungen am Kopf und einen Schlüsselbeinbruch davon und mußte in das Krankenhaus Schopfheim eingeliefert werden.

sz. Auenheim, 12. Okt. (Lezten Sonntag vollendete die frühere „Hirsch“-Wirtin, Frau Katharina Metz von hier, bei betrüblicher-werter körperlicher und geistiger Rückbildung ihr 81. Lebensjahr, während gestern der Pfarrer Georg Urtl bei befreundender Gesundheitsfogar seinen 92. Geburtstag feiern konnte. Trotz seines hohen Alters hilft der Jubilar noch kräftig bei den Arbeiten in Haus und Hof mit.

Kreis Lörrach.

Niederweiler, 11. Okt. (Töblich verunglückt.) Ein einjähriges Mädchen des jungen Ehepaars Schringerer lag in einem unbeobachteten Augenblick einen auf dem Frühstückstisch stehenden heißen Kaffeetopf zu sich, der umfiel und das Kind schwer verbrühte. Anfanglich glaubte man das Kind retten zu können. Es ist jedoch am Montag an den Folgen der schweren Brandwunden gestorben.

— Neuenburg, 11. Okt. (Fremdenlegion verhaftet.) Am Samstag wurde hier ein gewisser B.M. aus Trenzelenburg, der mit anderen Deutschen aus der Fremdenlegion zurückkam, beim Betreten deutschen Bodens verhaftet und ins Müllheimer Bezirksamtsgefängnis eingeliefert. Er wird von der Staatsanwaltschaft Kassel wegen Fahnenflucht und Unterjochung verhaftet.

Kandern, 11. Okt. (Töblich verunglückter Unfall.) Vor einigen Wochen verunglückte die ledige 78jährige Klothilde Hodapp. In den Folgen der Verletzung ist die Frau nunmehr gestorben. Fräulein Hodapp hat 42 Jahre lang in der Gemeinde Ziel den Hebammen-dienst versehen.

Kreis Waldshut.

h. Vienheim (bei Waldshut), 11. Okt. (Blutige Schlägerei.) In einer hiesigen Wirtschaft kam es zu einer blutigen Schlägerei, bei der ein Gast einen sehr heftigen Schlag mit einer leeren Limonadenflasche auf den Kopf erhielt, jedoch er ohnmächtig zusammenbrach. Er trug eine tiefe Schnittwunde am Kopf davon. Ein anderer Gast erhielt eine schwere Verletzung am Hinterkopf. Auch Fensterheben, Stühle und Tische wurden stark demoliert.

Kreis Konstanz.

fld. Aftsholzerberg (bei Pfullendorf), 11. Okt. (Brandstiftung?) Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurden die Eheleute Josef Arnold verhaftet. Der ersten Meldung über den Brandfall ist noch nachzutragen, daß nicht nur die Scheune, sondern auch das Wohn- und Delonomiegebäude des Landwirts Arnold abgebrannt ist.

Gerichtszeitung.

— Waldshut, 11. Okt. (Meineid und Brandstiftung vor dem Schwurgericht.) Das Schwurgericht ist zu einer mehrtägigen Sitzung zusammengetreten. Zur Verhandlung kam zunächst die Anklage gegen die Dienstmagd Auguste Bayer an Unterappeln, sowie gegen den Landwirt und Gastwirt Alfred Schmidt aus Gerolsdorf. In erster Linie, wohnhaft in Dershof, wegen Meineid bzw. Anstiftung hierzu. Der Angeklagte Bayer wird zur Last gelegt, daß sie in dem Unterhaltungsprozess ihres unehelichen Kindes gegen den Landwirt Vindgen einen Meineid geleistet habe. Die Angeklagte wurde zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt, auf die Strafe wurden 3 Monate Untersuchungshaft angerechnet. Der Gastwirt Schmidt erhielt wegen Anstiftung eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und sechs Monaten, zwei Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet, ferner werden dem Angeklagten die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren aberkannt; ferner ist er dauernd unfähig, als Zeuge und Sachverständiger vernommen zu werden. Der zweite Fall betraf den Gärtner J. A. J. Härtl aus Offenburg, zuletzt wohnhaft in Herrschried. Der Angeklagte ist geständig, daß er in einer Zuluft in Herrschried das Wohn- und Delonomiegebäude des Landwirts Friedrich Eckert anzündete, das vollständig niederbrannte. Härtl wurde wegen Brandstiftung zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren verurteilt, ferner hat er die Kosten des Verfahrens zu tragen. 2 Monate Untersuchungshaft wurden ihm angerechnet. Der Angeklagte nahm die Strafe an.

Märkte in Baden.

Medesheim, 10. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr und Preise: 19 Milchschweine je Paar 15-20 RM., 47 Käufer je Paar 29-43 RM., Tendenz: aröke Nachfrage. Nächster Markt 17. Okt., 9 Uhr.
Bühl, 10. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr: 241 Kerfel, 23 Vansenferne. Verkauf wurden 210 Kerfel und 13 Vansenferne. Der niedrigste Preis für Kerfel war 15 RM., der mittlere Preis 30 RM., der höchste Preis 45 RM.; für Vansenferne war der niedrigste Preis 50 RM., der mittlere Preis 60 RM., der höchste Preis 75 RM.; das Paar.
Freiburg, 10. Okt. (Schlachtwiech.) Auftrieb und Preise je 50 Kilo. Sebensgewicht: 8 Ochsen a) 30-32, b) 25-27, c) 22-24; 16 Karren b) 22-24, c) 20-22; 6 Kühe b) 18-20, c) 16-18, d) 14-16; 160 Rinder b) 22-28, c) 24-30, d) 20-22; 200 Schweine b) —, c) 46-48, d) 48-50; 30 Schafe b) 20-30, c) 24-28. Tendenz: Größtenteils und Schweine mittel, Rinder langsam. Ueberträge beim Großvieh.
Oberkirch, 10. Okt. (Oberröhmert.) Kerfel 7-15, Birnen 5-12, Pfirsiche 10-20, Kaktanen 20-25, Äpfel 15-16, Nüsse 18-22 Pf. per Fund. 25 17. d. M. finden nur noch am Montag, Mittwoch und Freitag Obstmärkte statt.

Rud. Hugo Dietrich bringt eine überwältigend große Auswahl schöner Herren-Mäntel
In 18 verschiedenen Größen 58.- bis zu den besten Aquastrella-Modellen in feinsten Schneiderei-Verarbeitung!

Feuerwehrfragen im Karlsruher Bürgerausschuß.

Der kommunistische Stadtrat Bauer polizeilich aus dem Saal entfernt / Erhöhung des Kurzstreckentarifs der Straßenbahn. Eine Entschlebung zur Magauer Brückenfrage.

Sitzungsbericht.

Das Karlsruher Stadtparlament trat Dienstag nachmittags 4 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit von 89 Mitgliedern.

Gleich zu Beginn der Verhandlungen kam es zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Oberbürgermeister Dr. Finter und den Kommunisten.

Der komm. Stadtr. Bauer hatte die Umstellung der Tagesordnung beantragt, indem er als Gegenstand das Thema „Pflicht der Arbeiterkreise und Entlohnung der Pflichtarbeiter“ behandelt wissen wollte.

Der Oberbürgermeister erklärte den Antrag als unzulässig, was auf Seiten der Kommunisten heftigen Protest auslöste. Der Stadtr. Bauer zog sich drei Ordnungsrufe zu und wurde, als er sich nicht fügte, aus dem Saale verwiesen. Auch dieser Aufforderung leistete der Stadtr. Bauer keine Folge, so daß

Bauer durch Polizei gewaltsam entfernt werden mußte, was die Kommunisten mit Pfirsichen begleiteten.

Nach kurzer Unterbrechung der Sitzung trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Erster Punkt war die Vorlage betr.

Veränderung der städtischen Angestelltenbesetzung.

Sie wurde vom Ersten Bürgermeister Sauer begründet, der etwa ausföhrte:

Die Kritik richtete sich vornehmlich gegen die Anstellungsgründläge, über die der Bürgerausschuß heute nicht zu befinden habe. Nach dem Kriege seien die Berufsfeuerwehrleute in das Beamtenverhältnis übergeführt worden. Es gelte nun, den ausgebildeten Beamtenapparat abzubauen, wo es nur gehe. Zurufe der Kommunisten: „Oben abbauen!“ Die Berufsfeuerwehr zähle 56 Mann, sei kleiner wie jede andere Beamtengruppe. Die Vorlage bezwecke, die Leute, die jetzt im Probeverhältnis stehen, nicht mehr ins Beamtenverhältnis zu übernehmen. Sie würden keineswegs aus dem städtischen Dienst entfernt; man wolle sie nur nach einer bestimmten Zeit aus dem Feuerwehrdienst ausscheiden lassen.

Domann Kullmann empfahl die Vorlage namens des Stadtr. Kiedinger (Kom.), daß der Bürgerausschuß seinen Sinn mehr habe, nachdem alles mittels Diktaturgewalt erledigt werde. Eine solche „Herabwürdigung des Bürgerausschusses“ fordere den schärfsten Protest heraus. Die Kommunisten müßten die Vorlage ablehnen.

Stadtrat Stäbel (Natf.) führte aus, man könne dem Landeskommissar darin nicht folgen, daß beim Abbau ausgerechnet bei der Berufsfeuerwehr angegangen wird. Es sei beispielsweise nicht am Platze, daß heute noch vier Bürgermeister amtierten. Der Redner tadelt, daß man die Freiwillige Feuerwehr, die zweifellos verdienstvoll gewirkt hat, nebenan geschoben habe. Wäre es nicht möglich, diese wieder heranzuziehen? Die Berufsfeuerwehrleute müßten nach einer gewissen Dienstzeit aus dem gefährlichen Beruf herausgenommen und eine Regelung getroffen werden, die den Belangen der Stadt wie jenen der Feuerwehrleute gerecht werden.

Die Nationalsozialisten unterstützen den kommunistischen Antrag auf Verdoppelung der Abfindung. Sie wenden sich dagegen, „daß der Landeskommissar in so ungerechter Weise in der Regelung der Besoldungsverhältnisse der städtischen Beamten eingreift“.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) führt aus, die Vorlage zu. Auch Militärärzten sollte der Zugang zur Berufsfeuerwehr ermöglicht werden. Der Redner drach eine Ränge für die ehemalige Freiwillige Feuerwehr, die sich nach dem Brande bei Knopf befallig aufgelöst hat. Die Schuld daran werde beim jetzigen Bürgermeister gesucht und gefunden. Dem verdienten Feuerwehrkommandanten Heuser habe man nicht einmal eine Ehrenkarte zum Deutschen Feuerwehrtag zutommen lassen. (Hört, hört!)

Es fragte sich, ob der Feuerwehrtag der Berufsfeuerwehr für eine Stadt wie Karlsruhe genüge, ob nicht auf die Freiwillige Feuerwehr als Reserve zurückgegriffen werden soll.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) forderte die Zurückziehung der Resolution. Die Verlängerung der Wachdienstzeit habe zu dem häufigsten Wechsel in der Berufsfeuerwehr geführt. Vorfällen, wie sie in einer Denkschrift der Organisation erhoben wurden, hätten nichts genützt. Es bestche kein Grund, die Leute aus dem Beamtenverhältnis herauszunehmen. Falls die Stadtverwaltung auf ihrem Standpunkt beharrt, so begründet der Redner seine Auffassung darin, daß eine doppelte Abfindung nicht genüge, daß sie vielmehr verdreifacht werden müsse, um einen anderen Beruf ergreifen zu können. Stadtr. Koch richtete dann heftige Angriffe gegen den derzeitigen Branddirektor, dem er kein Vertrauen entgegenbringen könne.

Erster Bürgermeister Sauer befaßlichtete sich mit den vorgetragten Einwänden. Der Landeskommissar habe keineswegs auf die Berufsfeuerwehr als abbauwürdig hingewiesen.

Bürgermeister Schneider nahm den Branddirektor Wilde gegen die erhobenen Vorwürfe in Schutz. Er beurteilte seine Leute gerecht und sachlich und nicht auf Grund von Spickeliedererlei wie der Stadtr. Koch meinte.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärte zur

Aufstellung des Freiwilligen Feuerwehrkorps

Niemand hat mehr bedauert, daß die Verhandlungen über eine Neuorganisation der freien Feuerwehr nicht zum Ziele geführt haben, als ich und Bürgermeister Schneider. Wir sind überzeugt, daß eine kleine Berufsfeuerwehr nicht alle Aufgaben erfüllen kann, die unter Umständen an sie gestellt werden können. Wären wir einzig geworden, so wäre damit ein sehr dringender Wunsch auch des Bürgermeisters Schneider in Erfüllung gegangen. Daß es nicht gelang, daran tragen wir keine Schuld. Wir haben alles versucht, um auf eine gemeinsame Linie, also zu einer Einigung zu kommen. An zwei Punkten mußten wir unbedingt festhalten: Einheitliches Kommando durch einen ausgebildeten Feuerwehrmann und Schaffung einer vom Leiter der Berufsfeuerwehr aus gebildeten Sturmkompanie. Dagegen hat man sich gestäubt. Ich würde eine Regelung im angegebenen Sinne, die die freie Feuerwehr in ihrer Selbständigkeit unberührt ließe, heute noch begrüßen. Daß man beim Deutschen Feuerwehrtage der freien Feuerwehr in keiner Weise gedacht habe, ist unrichtig. Ein Artikel der Zeitschrift hat die Verdienste des Korps von 1847 bis 1929 voll auf gewürdigt. Wir haben auch beim Feuerwehrtag versucht, die Herren zu erreichen, aber die freie Feuerwehr hat es abgelehnt, sich am Feuerwehrtage zu beteiligen.

Stadtr. Wild (Ztr.) bezeichnete die Vorlage als ein Produkt der heutigen Zeitverhältnisse. Sonst wäre sie sicher nicht gekommen. Wer sich grundsätzlich zum Berufsbeamtentum bekenne, müsse auch zugestehen, daß Beamte dort nicht gehalten werden, wo sie keine absolute Notwendigkeit seien. Sonst würde das Berufsbeamtentum geradezu gefährdet. So dürfte es nicht sein, daß die Leute glattweg auf die Straße gesetzt werden. Notwendig sei eine Revision der Vergütungssätze.

Stadtr. Bindschädel (Wirtsch.) sagte zum Streit über die freie Feuerwehr, auch die Stadtverwaltung könne sich nicht frei von Schuld sprechen. Herr Heuser sei glatt übergegangen worden. Hätte die freie Feuerwehr etwa mit „Zylinder und Trauerflor“ mitgehen sollen?

Stadtr. Stäbel trat nochmals dafür ein, daß die Angelegenheit der freien Feuerwehr eine baldige Regelung erfährt. Nach kurzen Bemerkungen des Stadtr. Koch wurde die Aussprache geschlossen.

Der Stadtrat zog sich hierauf zwecks Stellungnahme zu den verschiedenen Abänderungsanträgen zurück. Die Sitzung erfuhr infolgedessen eine kurze Unterbrechung. Nach ihrer Wiederaufnahme erklärte

Oberbürgermeister Dr. Finter, daß der Stadtrat einer Erhöhung der Abfindungssumme bis zur Höchstgrenze von 8000 RM. zustimme.

Die Stadträtliche Vorlage wurde sodann gegen die Stimmen der Kommunisten, der Antrag betr. die Vergütung einstimmig angenommen. Es folgte die Behandlung der Vorlage über

Wesentliche Veränderungen im Städt. Krankenhaus.

Es handelt sich bekanntlich um die Erweiterung des Operationsgebäudes der chirurgischen Abteilung mit einem Aufwande von 150 000 RM. Leider hat es die Staatsaufsichtsbehörde abgelehnt, die Genehmigung zu einem von der Ortskrankenkasse aufzunehmenden Darlehen in genannter Höhe zu geben.

Der Stadtr. Kiedinger (Kom.) hat diese Haltung ebenfalls bedauert und der Vorlage wegen ihrer Dringlichkeit zugestimmt.

Stadtr. Dr. Koch (Natf.) vermis auf die Unzulänglichkeit der Operationsräume. Er vertrat bei dieser Gelegenheit die Auffassung, daß beamtete Ärzte keine Privatpraxis ausüben sollten. Auch von dem Stadtr. Köhler (Ev. Volksdienst), Fischer (Soz.) wurde die Vorlage nachdrücklich unterstützt.

Letzterer richtete dabei an die Stadtverwaltung das dringende Ersuchen, recht bald mit dem versprochenen Arbeitsbeschaffungsprogramm auf den Plan zu treten. Karlsruhe könne sehr wohl die erforderlichen Mittel aufbringen. Die 150 000 RM. genügt nicht, um der Not der Arbeitslosen und des Handwerks in Karlsruhe zu steuern.

Stadtr. Stäbel forderte die Berücksichtigung der ortsansässigen Handwerker. Stadtr. Hofmann (Kom.) stimmte der Vorlage zu.

Stadtr. Wild (Ztr.) erklärte die Zustimmung für eine Selbstverständlichkeit. Es gelte, das Krankenhaus auf der Höhe zu halten, das sich weit und breit eines sehr guten Rufes erfreue. Kein Verständnis hat man für die Haltung des Ministeriums. Es sei das auch ein Anlaß, daß sich die Selbstverwaltung gegen weitere Niederdrückung wehrt.

Stadtr. Schulenburg (Soz.) erwiderte dem Vorredner, daß die Darlehensgewährung an den bestehenden reichsgerichtlichen Bestimmungen geknüpft sei. Es sei endlich an der Zeit, daß die Stadtverwaltung energisch darangehe, ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für den Winter durchzuführen.

Bürgermeister Sauer gab Aufschluß über die Gehaltsverhältnisse der Chirurgen, die nicht so seien, daß man diesen Herren die Privatpraxis verlagern könne.

Die Vorlage wurde darauf einstimmig angenommen.

Zur weiteren Beratung stand die Vorlage wegen

Veränderung der Beförderungsbedingungen der städt. Straßenbahn.

Von Seiten des Stadtr. Kiedinger (Kom.) wurde die Erhöhung des Zwei-Teilstrecken-Tarifes von 15 auf 20 Fig. um die Gefahr eines noch größeren Defizits zu bannen. Er äußerte Wünsche inbezug auf die Linienführung in der Weststadt und Beirtheim. Der Redner sieht eine Möglichkeit der Wirtschaftsbildung nur in der Sitzung der privaten Initiative (Zurufe links). Er stellte anschließend die Frage, wie weit der Abbau der Regiebetriebe gediehen sei.

Stadtr. Dr. Knauth (Natf.) ist dagegen, daß die Straßenbahn auf Kosten der Allgemeinheit saniert wird. Der 15-Fig.-Tarif habe sich bewährt.

Stadtr. Koch (Soz.) wies darauf hin, daß der ermäßigte Tarif keineswegs zu einer Steigerung der Frequenz geführt habe. Man werde um eine Tarifierhöhung nicht herumkommen, wenn man verhalten wolle, daß sich das Defizit verzögert und ein weiterer Abbau an Personal erfolgt.

Stadtr. Hofmann (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethoden scharfen Protest und verlangt den baldigen Baubeginn, da nur durch eine frühbare Besserung in der trostlosen Lage der Erwerbslosen und der Geschäftsleute in Karlsruhe eintreten kann. Wir erwarten, daß die Stadtverwaltung sich mit allem Nachdruck für den baldigen Baubeginn einsetzt.“ Nach fast vierstündiger Dauer war die mit Ausnahme des Zwischenfalles beim Sitzungsbeginn durchweg ruhig und sachlich verlaufene Sitzung des Karlsruher Stadtrates gegen 20 Uhr beendet.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) meinte, in der heutigen Zeit sei eine solche Vorlage undisputabel.

Stadtr. Kiedinger (Kom.) war für die Vorlage. Die ärmeren Schichten würden sich ohnedies von Luzus nicht leisten, für eine kurze Strecke die Straßenbahn zu benutzen. Andererseits müßte man aus dem Gesichtspunkte heraus, daß sich die Straßenbahn selbst zu erhalten habe, dafür sorgen, daß sich das Defizit nicht noch mehr erhöhe, das jetzt infolge der Wirtschaftslage in Kauf genommen werden müsse.

Die Vorlage wurde dann mit 47 gegen 35 Stimmen angenommen.

Die restlichen Vorlagen des Stadtrates wurden ohne Debatte rasch und antragsgemäß erledigt. Sie betreffen Herabsetzung des Tilgungssatzes für zwei Wohnungsbaudarlehen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin-Wilmersdorf; Verkauf der städtischen Grundstücke Lg. Nr. 20 002 und 20 027 an der Voeltje- und Adenstraße in der Wildfleiterung; Erwerb, Tausch und Abtretung von Grundstücken; Grundstücksverkauf Lg. Nr. 2314 gegen 2323 auf Gemattung Knielingen, und Aufwand für außerordentliche Unternehmungen.

Am Schluß der Sitzung brachte der Oberbürgermeister eine von der Gratifikation der Nationalsozialisten inszwischen eingebrachte Entschlebung zur Magauer Brückenfrage zur Verlesung, die einmütige Annahme fand. Dieselbe lautet: „Zeitungsnachrichten zufolge ziehen sich die Verhandlungen über den Neubau der Magauer Rheinbrücke immer mehr in die Länge, so daß mit einem baldigen Baubeginn nicht mehr zu rechnen ist. Der Bürgerausschuß der Landeshauptstadt Karlsruhe erhebt gegen diese Verschleppungsmethod

